

Frau  
Präsidentin des Nationalrates  
Doris BURES  
Parlament  
1017 Wien

22. April 2016

GZ. BMEIA-AT.90.13.03/0035-II.3/2016

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Johannes Hübner, Kolleginnen und Kollegen haben am 24. Februar 2016 unter der Zl. 8374/J-NR/2016 an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Wien als Drehscheibe der organisierten Geldwäsche“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

### **Zu den Fragen 1 bis 3:**

Die ukrainische Botschaft in Wien wurde in der Angelegenheit mehrmals ins Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres (BMEIA) eingeladen. Vertreter der Botschaft sprachen diese Frage auch initiativ an. Die österreichische Botschafterin in Kiew führte mehrere offizielle Gespräche zu angeblicher Geldwäsche und Korruption, unter anderem mit dem Justizminister, dem stellvertretenden Generalprokurator, dem Leiter des neu geschaffenen Antikorruptionsbüros und mit in der Korruptionsbekämpfung engagierten Abgeordneten.

Vorwürfe gegen den in der Anfrage erwähnten Parlamentsabgeordneten Martynenko wurden mit der ukrainischen Botschaft erörtert. Diese sicherte zu, darüber an Kiew zu berichten. Martynenko trat auf Drängen des ukrainischen Regierungschefs am 1. Dezember 2015 zurück; das ukrainische Parlament hob am 11. Februar 2016 seine Immunität auf, die ukrainische Staatsanwaltschaft leitete ein Strafverfahren ein.

Das BMEIA ist in dieser Angelegenheit in ständigem Kontakt mit dem Bundesministerium für Justiz (BMJ) und dem Bundesministerium für Inneres (BMI).

### **Zu den Fragen 4 bis 6:**

Die Hilfe der Europäischen Union (EU) für die Ukraine konzentriert sich unter anderem auf Rechtsstaatlichkeit, gute Regierungsführung, Korruptionsbekämpfung. Die Bemühungen

./2

der EU haben zu zahlreichen Reformen geführt, die korrupte Praktiken deutlich erschweren. Verwiesen sei auf Maßnahmen zur Budgettransparenz, das öffentliche Ausschreibungswesen, marktwirtschaftliche Preise im Erdgassektor, die Einleitung der Reform der Polizei und der Staatsanwaltschaft sowie die Schaffung eines unabhängigen Nationalen Anti-Korruptionsbüros. Die Einstellung der Hilfe der EU für die Ukraine wäre daher verfehlt und nicht im österreichischen Interesse.

**Zu Frage 7:**

Dem BMEIA liegen keine Informationen vor, wonach die Ukraine Rüstungsgüter nach Russland liefert oder eine solche Lieferung gestatten würde. Die Rüstungskooperation zwischen den beiden Staaten wurde im März 2014 eingestellt.

Sebastian Kurz

